



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 21.10.2010

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 27. Oktober 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 10-A-16-0002

Eingabe von sozialen Einrichtungen und Institutionen

2. 10-F-07-0026

ANLAGE

Soziale Probleme am Schlachthof

- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9.9.2010* -

3. 10-F-25-0035 ANLAGE

Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.8.2010* -

4. 10-F-03-0005 ANLAGE

Neukonzeptionierung der Integrationsmittel nach dem SGB II
- *Bericht des Dezernates VI vom 23.9.2010* -

5. 10-F-25-0073 DL 33/10-2

Rentenbeitragszahlungen für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher
- *Bericht des Dezernates VI vom 4.8.2010* -

6. 10-F-01-0062 ANLAGE

Stromspar-Check
- *Bericht des Dezernates VI vom 6.10.2010* -

7. 10-F-01-0098

Sparbeschlüsse der Bundesregierung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2010 -

Unter dem Titel „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“ hat die Bundesregierung ein Sparpaket verabschiedet, das den Kommunen zusätzliche Kosten aufbürden wird. Diese Befürchtungen werden auch von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt.

Der Ausschuss möge beschließen:

- Wie bewertet der Magistrat die geplanten Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik? Welche Erkenntnisse gibt es über die Auswirkungen auf das Eingliederungsbudget?
- Welche (finanziellen) Auswirkungen sieht der Magistrat durch die geplante Streichung des befristeten Zuschlags für frühere Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, die nach Auslaufen des ALG I auf Leistungen des SGB II angewiesen sind?
- Wie bewertet der Magistrat die Streichung des erst 2009 eingeführten Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger?
- Welche Auswirkungen sieht der Magistrat bei der beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen durch die Umschreibung bisheriger Pflichtleistungen in Ermessensleistungen?

8. 09-F-25-0072 ANLAGE

Zentrum für Kinder
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.9.2010* -

9. 10-F-01-0060 ANLAGE

Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ)
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.9.2010* -

10. 10-F-03-0007 ANLAGE

Teilnahme der städtischen Kindertagesstätten an dem ESF-Programm "Mehr Männer in Kitas"
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.9.2010* -

11. 10-F-25-0034 ANLAGE

Fremdunterbringung von Kindern
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.7.2010* -

12. 10-F-02-0029

Bedarfsgerechte Platzvergabe beim städtischen Ferienprogramm
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.10.2010 -

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Kinder haben seit 2007 an Veranstaltungen im Rahmen des städtischen Ferienprogramms teilgenommen? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln.)
Bei wie vielen Ferienplätzen hat die Tages-Betreuungszeit 4 Stunden und mehr betragen?
2. In welchem Umfang sind Platzkontingente in Kooperation mit privaten oder öffentlichen Arbeitgebern für die Kinder von deren Mitarbeitern zur Verfügung gestellt worden? In welchem Umfang standen Platzkontingente für Kinder von Beschäftigten der Stadt bereit?
3. Welcher Anteil aller Ferienplätze ist an 'benachteiligte' Kinder (aus bildungsfernen Familien, mit geringem Einkommen, Sprachdefiziten usw.) vergeben worden?
4. Werden Anstrengungen unternommen, die Eltern dieser Kinder besonders anzusprechen und für die Teilnahme ihrer Kinder an den Ferienangeboten zu gewinnen?
5. Werden im Einzelfall Ferienplätze als Instrument sozialpädagogischer Betreuung vergeben? Ist gewährleistet, dass für diese Fälle ausreichend Plätze verfügbar sind?

6. Wie wird gewährleistet, dass sich das Vergabesystem (Internet-basierte Anmeldung) für 'benachteiligte' Kinder nicht als spezielle Zugangsbeschränkung auswirkt?

13. 10-F-01-0097

Pilotprojekt für Alleinerziehende
- Antrag der SPD-Fraktion om 20.10.2010 -

Das Projekt "Alles klar mit Kindern und Job?!" wurde für die Laufzeit von April 2009 bis März 2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit einem Kostenzuschuss von 40.000 Euro und wissenschaftlicher Begleitung gefördert. Ziel des Projektes war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende im SGB-II-Bezug zu verbessern und die berufliche Integration zu fördern. Dazu sollten bereits bestehende Angebote und Kooperationen besser verknüpft werden, etwa für die Elternbildung, die Bildung und Betreuung der Kinder sowie die berufliche Qualifizierung und Vermittlung der Mütter.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. *Der Magistrat möge berichten:*
 - a. Inwieweit ist die systematische Verknüpfung und Optimierung bereits bestehender Angebote und Kooperationsstrukturen gelungen?
 - b. Welche Angebote zur Elternbildung, zur Verbesserung der Betreuungssituation der Kinder sowie zur beruflichen (Weiter-)Qualifizierung der Mütter konnten gemacht werden?
 - c. Wie viele Alleinerziehende konnten erreicht werden?
 - d. Konnte eine Verbesserung der Situation Alleinerziehender erreicht werden?
2. Der Magistrat wird gebeten ein Handlungskonzept für Alleinerziehende zu entwickeln und die Angebote der Elternbildung, der Bildung und Betreuung der Kinder sowie die berufliche Qualifizierung und Vermittlung für alle Mütter im SGB II-Bezug mit vornehmlich stadtteilbezogenen Angeboten auszuweiten.

14. 10-F-03-0006

ANLAGE

Anerkennung ehrenamtlichen Engagements
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.8.2010* -

15. 10-F-01-0027

ANLAGE

Wohnraumversorgungskonzept
- *Bericht des Dezernates VI vom 20.8.2010* -

16. 10-F-01-0061

ANLAGE

Wohnungslosigkeit - Prävention stärken
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.9.2010* -

17. 10-F-03-0021

Sozialgebundener Wohnungsbau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.10.2010 -

Vorbemerkung:

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Aber immer mehr Menschen in Wiesbaden können sich nicht mehr ausreichend mit Wohnraum versorgen, weil die Miethöhe ein problematisches Ausmaß erreicht hat. Dies belegen die aktuellen Zahlen der gemeinsamen Monitoring-Studie der Stadt, der GWW und der SEG. Danach ist Wiesbaden sogar bundesweit eine der teuersten Wohnstädte. Der Markt mit günstigen Wohnungen für Geringverdiener und große Familien ist vollkommen unterversorgt.

Für viele einkommensschwache Menschen stellen sozialgebundene Wohnungen und die damit verbundene Mietpreisbindung eine Chance dar, sich mit Wohnraum zu versorgen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

1. Wie hat sich der Bestand der sozialgebundenen Wohnungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in den letzten 10 Jahren entwickelt?
2. Wie haben sich die Nachfrage und das Angebot an sozialgebundenen Wohnungen in diesem Zeitraum entwickelt? Wie hat sich hierbei die zunehmende Subjektförderung ausgewirkt?
3. Beabsichtigt die LH Wiesbaden weitere bzw. stärkere Maßnahmen zu ergreifen, um die anhaltend hohe Nachfrage nach sozialgebundenen Wohnungen befriedigen zu können? Und ist daran gedacht, ob man hierbei ggf. den städtischen Gesellschaften eine größere Verantwortung und aktivere Rolle zukommen lassen möchte?

18. 10-F-06-0057

Sozialer Wohnungsbau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 20.10.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche Planungen es für den Sozialen Wohnungsbau in der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt?

Welche Flächen sind in welchen Ortsbezirken vorgesehen?

19. 09-V-51-0083

DL 13/10-1 NÖ

Übertragung von Aufgaben der Wohnraumförderung und der Städtebauförderung auf die SEG; neuer Beschluss eines Dienstleistungsvertrages ab dem 01.01.2010

20. 10-A-16-0001

Bericht des Sozialdezernenten

21. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **08-V-51-0071** **ANLAGE**
Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales
- Anträge III. Quartal 2010 -

2. **09-V-51-0050** **DL 33/10-1, 19/10-1 NÖ, ANLAGE**
Nachfinanzierung von Einstellplätzen in der Tiefgarage Schulberg im Sanierungsgebiet "An der Bergkirche"
- *Bericht des Dezernates VI vom 8.8.2010* -

3. **10-V-08-0006** **DL 34/10-5**
Bau eines Schulkinderhauses an der Grundschule Nordenstadt

4. **10-V-01-0016** **DL 34/10-2**
Jahresbericht des Seniorenbeirats 2009

5. **10-V-51-0039** **DL 31/10-8**
Dynamisierung des Zuschussvertrages Männer- und Jungenberatungsstelle " Bizeps "

6. **10-V-51-0044** **DL 34/10-15**
Verlagerung der Schulsozialarbeit einschließlich Kompetenz-Entwicklungs-Programm von der Adalbert-Stifter-Schule an die Erich-Kästner-Schule

7. **10-V-51-0055** **DL 34/10-16**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2009/10

8. **10-V-51-0056** **DL 34/10-17**
Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf

9. **10-V-51-0057**

DL 33/10-4

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2009

10. **10-V-80-8020**

DL 32/10-7

Beschäftigungsmaßnahme zur Aktivierung brachliegender privater Gewerbegrundstücke

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender